

Zeitschrift: SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 33 (1993)

Artikel: Umweltaktivierung in den 80-er Jahren
Autor: Zwicky, Heinrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-172997>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Heinrich Zwicky:

Umweltaktivierungen in den 80-er Jahren

Der Beitrag beschreibt die Zusammensetzung und die Entwicklung von Aktivierungsereignissen zu Umwelt- und Wohnfragen in der Periode 1978–89. Dabei zeigt sich, dass die Umwelt zum quantitativ wichtigsten Thema politischer Basisaktivierungen geworden ist. Die meisten Aktivierungen zielen auf eine Verstärkung des Umweltschutzes ab, nur wenige Aktivierungen richten sich gegen übermässige Umweltschutzmassnahmen. Nach wie vor lösen Verkehrsfragen am häufigsten Bürgeraktivitäten aus. Die am häufigsten benutzte Artikulationsform ist die Initiative, während Petitionen im Verlaufe der letzten Jahrzehnte sehr stark an Bedeutung verloren haben. Die Beteiligung von Parteien an den untersuchten politischen Aktivierungen ist vergleichsweise gering. Umweltaktivierungen weisen in den letzten 15 Jahren ein generell hohes Niveau auf, ihre Zahl geht aber in rezessiven Phasen erkennbar zurück.

Cet article présente une étude systématique des événements de protestation en Suisse dans les années '78 à '89. Quelques 3000 événements traitant des thèmes écologistes et des questions de logements sont décrits sous l'angle des formes d'action, des objectifs articulés, des acteurs et de la répartition territoriale. Les résultats de l'étude montrent que l'environnement est devenu quantitativement le thème le plus important de la protestation politique de base. La plupart des événements ont pour objectif un renforcement de la protection de l'environnement. Comme précédemment, les questions de transports sont celles qui mobilisent le plus fréquemment les citoyens. Si la protestation s'établit à un niveau général élevé dans les 15 dernières années, le nombre d'événements recule sensiblement des phases de récession. De plus en plus, l'opposition écologiste est véhiculée au moyen de l'initiative, tandis que les pétitions ont fortement perdu de leur signification. La participation des partis politiques aux événements étudiés est comparativement limitée.

Aktivierungsereignisse, d.h. von Bürgern initiierte Versuche, politische Anliegen durchzusetzen, sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten zunehmend als wesentliche Elemente unseres politischen Systems anerkannt worden. Dieser Anerkennungsprozess steht sicher in einem Zusammenhang mit der enormen quantitativen Zunahme dieser Ereignisse nach 1968 (vgl. Kriesi et al. 1981). Nichts desto trotz wird der Analyse von Aktivierungsereignissen in den politischen Wissenschaften noch nicht die nötige Beachtung geschenkt, was sich unter anderem darin äussert, dass es bis heute nicht gelungen ist, eine laufende Dokumentation solcher Bürgeraktivitäten zu institutionalisieren. So braucht es jeweils besondere Anlässe und themenbezogene Fragestellungen bis Ressourcen freierwerden, um die in der Schweiz stattfindenden Aktivierungsereignisse zu sammeln und zu beschreiben. Für die dieser Arbeit zugrundeliegenden Daten war das Nationale Forschungsprogramm Nr. 25 «Stadt und Verkehr» der Auslöser. Im Rahmen dieses Programms interessierte man sich für ein Inventar von Aktivierungen zu Umwelt- und Wohnfragen. Die nachfolgenden Ausführungen beschäftigen sich daher mit der Entwicklung von Aktivierungen zu Umwelt- und Wohnfragen in den 80-er Jahren¹. Im Unterschied zur Arbeit von Guigni & Kriesi (1990) geht es in meinem Beitrag also darum, eine einzelne – quantitativ aber äusserst bedeutsame – Themenkategorie von Aktivierungsereignissen in ihrer Zusammensetzung, ihrer zeitlichen Entwicklung und ihrem gesellschaftlichen und politischen Umfeld zu analysieren. Dabei ergeben sich interessante Vergleichsmöglichkeiten mit einem Beitrag von René Levy (1981), der sich im Jahrbuch 1981 mit Umweltaktivierungen im Zeitraum 1945–1978 beschäftigt hat.

I. Umweltaktivierungen in der Schweiz: Begriffsabgrenzung und Datenbasis

1. Der Begriff «Aktivierungsereignisse»

Ein herausstechendes Merkmal moderner Politik ist die Tatsache, dass nicht-gewählte, «normale» Bürger und freiwillige Organisationen die Entscheidung von Behörden und Experten in den verschiedenen Phasen des Entscheidungsprozesses zu beeinflussen versuchen – auch dann, wenn sie nicht dazu aufgefordert werden. Solche Beeinflussungsversuche werden im folgenden in Anlehnung an Kriesi et al. (1981) als *Aktivierungsereignisse* bezeichnet.

Dieser Begriff umfasst eine Vielzahl verschiedener *Formen* von politischer Aktivität, deren wesentliche Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie von Personen in-

¹ Dieser Beitrag basiert auf einer Erhebung von Aktivierungsereignissen zu Umweltfragen, die durch das Nationale Forschungsprogramm Nr. 25 «Stadt und Verkehr» mitfinanziert wurde. Ich danke Walter Schöni und Hanspeter Kriesi für die Mitarbeit bei der Datenerhebung bzw. für Kommentare zu diesem Text.

itiiert werden, die keine formale Entscheidungsmacht haben (vgl. ausführlicher Kriesi et al. 1981).

In dem Sinne ist also beispielsweise eine von einer Bürgergruppe organisierte Versammlung zu Verkehrsberuhigungsmassnahmen in einem Quartier ein Aktivierungsereignis, während eine Orientierungsversammlung des Stadtrates über die geplanten Verkehrsberuhigungsmassnahmen, an der dieselben Bürger teilnehmen, nicht als Aktivierungsereignis einzustufen ist.

Aktivierungsereignisse sind somit dadurch gekennzeichnet, dass sie *nicht durch die formellen Entscheidungsträger* initiiert werden.

Typische (und besonders häufige) Formen von Aktivierungsereignissen sind somit:

- Volksinitiativen
- Fakultative Referenden
- Petitionen
- Demonstrationen
- Hausbesetzungen
- Organisationsgründungen

Nicht als Aktivierungsereignisse erfasst werden dagegen Stellungenahmen im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren sowie von offenen Planungen. Das bedeutet, dass bei einer verstärkten Demokratisierung des Entscheidungsprozesses *ceteris paribus* das Ausmass der Mobilisierung im Rahmen der von uns erfassten Aktivierungsereignisse zurückgeht, mithin also zu einer institutionalisierten politischen Aktivität wird.

Aktivierungsereignissen liegt in aller Regel ein *Konflikt* zwischen den Ansichten der formellen Entscheidungsträger und der Initianten von Aktivierungsereignissen zugrunde.

Zum grössten Teil bedeuten Aktivierungsereignisse auch einen «*Schritt an die Öffentlichkeit*» mit dem Ziel, durch den Einbezug der Öffentlichkeit in einen Entscheidungsprozess ein Ergebnis zu verhindern, das bei einem «normalen» (d.h. nicht – öffentlichen) Entscheidungsverfahren als wahrscheinlich erscheint.

Der Begriff des Aktivierungsereignisses ist schliesslich von jenem der (sozialen) *Bewegung* abzugrenzen (vgl. beispielsweise Brand et al. 1986:35ff). Soziale Bewegungen artikulieren sich in aller Regel im Rahmen von mehreren Aktivierungsereignissen; eine soziale Bewegung kann also als eine Verknüpfung von Aktivierungsereignissen interpretiert werden. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass mit dem Konzept der Bewegung Verknüpfungen und einheitliche Zielsetzungen von Aktivierungsereignissen unterstellt werden, die zwar vielleicht häufig, aber keineswegs immer vorhanden sind. In den Arbeiten von Guigni & Kriesi (1990) bzw. Guigni (1991a) werden unter dem Begriff der Ökologiebewegung («*mouvement écologiste*») die Ereignisse zusammengefasst, die einen verstärkten Umweltschutz anstreben. Darunter befinden sich auf der einen Seite Ereignisse, die von der eigentlichen Umweltbewegung und ihren Organisationen initiiert werden, auf der anderen Seite aber beispielsweise auch Umweltschutzvorstösse von bürgerlichen Parteien.

Eine Reflexion über das Verhältnis von sozialen Bewegungen und Aktivierungsereignissen wirft gerade im Umweltbereich die Frage nach «*Gegenbewegungen*» auf, d.h. welche empirische Bedeutung Aktivierungsereignissen zukommt, die sich gegen einen verstärkten Umweltschutz richten. Der nachfolgende Abschnitt II.1 enthält erste empirische Hinweise zu dieser Frage.

2. Abgrenzung der Umweltthematik und Datenbasis

Umweltfragen stellen innerhalb der Aktivierungsereignisse eine äusserst bedeutsam Themenkategorie dar. Auf der anderen Seite ergeben sich bestimmte Schwierigkeiten, die Umweltthematik eindeutig abzugrenzen. Wenn ich im folgenden von «Umweltereignissen» spreche, gehe ich deshalb von einem *erweiterten Begriffsverständnis* aus, demzufolge beispielsweise auch *Energiefragen* oder die *Wohnproblematik* zur Umweltthematik gehören. Vor allem der Einbezug der zweitgenannten Thematik ist dabei zu betonen, weil hier auch Aktivierungsereignisse erfasst werden, die sich gegen die Wohnungsnot und für einen verstärkten Wohnungsbau einsetzen und so möglicherweise im Widerspruch zu Umweltschutzanliegen stehen.

Diese Abgrenzung der Umweltthematik entspricht derjenigen bei Levy (1981:12), für den diese Thematik *das* typische Folgeproblem des Wirtschaftswachstums darstellt. Im Vergleich zu Guigni & Kriesi (1990) bzw. Guigni (1991a) ist meine Abgrenzung der Umweltthematik weiter gefasst, indem ein Teil der Aktivierungsereignisse, die dort der «autonomen Stadtbewegung» zugeordnet werden, hier als «Umweltereignisse» erfasst sind².

Da der Öffentlichkeit in der Logik von Aktivierungsereignissen eine wesentliche Rolle zukommt, erscheint es naheliegend, Aktivierungsereignisse mit Hilfe der Massenmedien zu identifizieren. Gleichzeitig ist aber davon auszugehen, dass die Massenmedien in aller Regel nur *unvollständige Abbildungen* der «Öffentlichkeit» sind bzw. dass jedes Medium und jede Zeitschrift in selektiver Weise eine «eigene Öffentlichkeit» konstruiert.

Aus diesem Grunde werden zur Identifizierung der Umweltaktivierungen verschiedene Zeitungen beigezogen, die sich nach Erscheinungsort und nach politischem Standort unterscheiden.

Als Hauptquelle meiner *Zusatzerhebung* für die Jahre 1978–89 diente die *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)*. Im Unterschied zur Datenerhebung von Guigni & Kriesi (1990) bzw. Guigni 1991a wurden dabei alle Wochentage berücksichtigt, nicht nur die Montagsausgabe.

In der Neuen Zürcher Zeitung wurden neben Umweltereignissen auch Aktivierungsereignisse zu anderen Themen erfasst, sodass auf dieser Basis auch Aussagen zur relativen Bedeutung der Umweltthematik möglich sind.

2 Allerdings scheint die quantitative Bedeutung der Ereignisse, die in der Erhebung von Guigni & Kriesi (1990) unter dem Titel «pour une logement autonome» der autonomen Stadtbewegung zugeordnet wird, eher klein zu sein (deutlich unter 5% aller Umweltereignisse).

In weiteren Zeitschriften aus den *Agglomerationen Bern, Genf, Lausanne und Zürich*³ wurden dann nur noch Aktivierungsereignisse erfasst, die – im oben beschriebenen weiten Sinne – der Umweltthematik zuzuordnen sind. Diese Zusatzerhebungen ermöglichen einen aussagekräftigen Quervergleich zwischen den vier Agglomerationen (vgl. Abschnitt II. 3).

Schlussendlich wurden 58 % aller Umweltaktivierungen in der neuen Zürcher Zeitung identifiziert, die übrigen 42 % in den acht Zusatzquellen⁴.

In die nachfolgenden Analysen einbezogen wird die in Kriesi et al. (1981) beschriebene Erhebung von Aktivierungsereignissen für die Jahre 1945–78 (für eine Auflistung vgl. Tschopp 1981). Dadurch dass das Jahr 1978 sowohl in dieser Erhebung als auch in meiner Zusatzerhebung enthalten ist, konnten die nötigen methodischen Kontrollen durchgeführt werden, die einen Vergleich über die ganze Zeitperiode 1945–1989 erlauben.

Die Ergebnisse bezüglich der Entwicklung des Aktivierungsausmasses in den letzten 12 bis 15 Jahren entsprechen insofern den von Guigni & Kriesi (1990) sowie Guigni (1991a) auf der Montagsausgabe der NZZ basierenden Analysen als die durchschnittliche Zahl der Aktivierungsereignisse (Mehrjahresdurchschnitt) seit 1978 ziemlich konstant ist, in den Jahren 1980 und 1981 aber eine überdurchschnittliche Zahl von Aktivierungsereignissen festgestellt werden kann (vgl. ausführlicher Zwicky 1993).

3 Konkret wurden folgende Zeitungen bearbeitet:

Zürich:

- Neue Zürcher Zeitung 1978–89 (*PRIMAERQUELLE*)
- Zeitdienst 1978–82
- Wochenzeitung 1983–89

Bern:

- Bund 1978–89
- Zeitdienst 1978–82
- Wochenzeitung 1978–82
- Année politique 1978–89

Lausanne:

- Tschopp (1981) für das Jahr 1978
- 24 heures 1978–89
- VO – Réalités; Rubrik VO – VD 1978–89

Genf:

- Tschopp, 1981; für das Jahr 1978
- Journal de Genève 1978–89
- VO – Réalités, Rubrik VO – GE

4 Bereits die Analysen von Kriesi et al. (1981:31) haben gezeigt, dass sich in der Neuen Zürcher Zeitung ein erheblicher Anteil der Aktivierungsereignisse identifizieren lässt. Dass es dort nur 25 % waren (gegenüber 58 % in meiner Zusatzerhebung) ist darauf zurückzuführen, dass ich die NZZ als Primärquelle benutzt habe und in den zusätzlichen Quellen nur noch die Ereignisse aufgenommen haben, die nicht bereits in der NZZ identifiziert worden sind.

II. Deskriptive Analyse der Umweltaktivierungen in der Schweiz

1. Themen und Stossrichtung der Umweltaktivierung

Die Umweltfrage ist in den 80-er Jahren zum häufigsten Gegenstand von Aktivierungsereignissen geworden. In den Analysen von Levy (1981:16) für die Jahre 1945–78 ist die Umweltthematik («Folgeprobleme») mit 24.3% aller Ereignisse noch auf dem zweiten Platz hinter den «Klassenproblemen» zu finden, im Inventar für die Jahre 1978–89 thematisieren bereits 40.5% aller identifizierten Aktivierungsereignisse Umweltfragen, womit die Umweltthematik mit grossem Abstand das häufigste Aktivierungsthema darstellt.

In *Tabelle 1* wird die Verteilung der registrierten Umweltaktivierungen über die thematischen Hauptkategorien dargestellt. Dabei werden die für die Periode 1979–89 neu erfassten Ereignisse mit den von Levy (1981:17) für die Periode 1945–78 analysierten Ergebnissen verglichen.

Themenbereich	1945–78 (nach Levy 1981:17)	1979–89 (eigene Erhebung)
Verkehr		
– Privatverkehr	23	22
– Öffentlicher Verkehr	7	6
– Luftverkehr	4	2
– übrige Verkehrsfragen	3	10
Gebäudeerhaltung, Bau –, Zonenfragen	16	18
Natur- und Landschaftsschutz	15	8
AKW-Frage	8	7
Andere Infrastrukturfragen (u.a. konventionelle Kraftwerke)	9	3
Wohnqualität, Häuserabbrüche, Überbauungsprojekte	8	18
Restliche Umweltfragen	7	6
Total (N)	100 % (1446)	100 % (3377)

Tabelle 1: Aktivierungsereignisse zu Umweltproblemen nach Hauptkategorien, 1945–78 und 1979–89 im Vergleich (Prozentwerte gerundet)

Der in *Tabelle 1* dargestellte Vergleich ergibt eine vergleichsweise grosse Konstanz der thematischen Struktur von Umweltereignissen. So sind in beiden Peri-

oden Probleme des *Privatverkehrs* am häufigsten Gegenstand von Aktivierungsereignissen, gefolgt von *Baufragen*.

Deutliche Verschiebungen ergeben sich vor allem in zwei Themenbereichen. Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes werden in der Periode 1979–89 deutlich seltener in Form von Aktivierungsereignissen artikuliert. Dies dürfte unter anderem auf eine verstärkte Institutionalisierung der Einflussmöglichkeiten von traditionellen Naturschutzorganisationen zurückzuführen sein.

Auf der anderen Seite stellt man eine deutliche Bedeutungszunahme von Fragen aus den Themenbereichen «Wohnqualität, Überbauungsprojekte und Häuserabbrüche» fest. Diese Bedeutungszunahme ist zweifelsohne auf die in den Jahren 1980 und 1981 ihren Zenith erreichende «autonome Stadtbewegung» zurückzuführen (vgl. Guigni & Kriesi 1990:86/87; Gross 1986; Schilling 1987).

Der grosse Teil der Bürgeraktivierungen zu Umweltfragen ist in der Stossrichtung eindeutig auf eine Verbesserung der Umweltsituation ausgerichtet. Gerade in den letzten Jahren ist aber in immer stärkerem Masse auch von Bürgeraktivierungen die Rede, die sich gegen Umweltschutzmassnahmen richten. Daneben sind auch die Aktivierungen zu erwähnen, die beispielsweise Infrastrukturverbesserungen fordern und dabei gewisse Umweltbelastungen in Kauf nehmen.

Den «Umweltschutzaktivierungen» sind also Aktivierungen entgegenzusetzen, die zwar umweltrelevant sind, für die der Umweltschutz aber keine bzw. nur eine sekundäre Bedeutung hat.

Die bisherigen Analysen der schweizerischen Aktivierungsereignisse im Umweltbereich (Kriesi et al. 1981), Levy (1981) haben solche Stossrichtungen weitgehend vernachlässigt.

Es scheint mir deshalb wichtig zu sein, auch im beschränkten Rahmen dieses Beitrags einige empirische Aussagen zu dieser besonderen Kategorie von «Umweltereignissen» zu machen.

Tabelle 2 zeigt anhand der Gesamtzahl der registrierten Ereignisse, dass die Zahl von Aktivierungsereignisse *ohne Umweltschutzpriorität* (aber zu einer umweltrelevanten Thematik) zwischen 1978 und 1986 zwar deutlich ansteigt, dass dieser Anstieg in der letzten 3-Jahres-Periode aber gebrochen wird.

In der *letzten Periode (1987–89)* stellt man einen unterdurchschnittlichen Anteil von Aktivierungen für Strassenbauprojekte fest, wohingegen die Aktivierungen für mehr (bzw. gegen einen Abbau von) Parkplätzen einen Höchstwert aufweisen. Auch Aktivierungen für Bauprojekte bzw. gegen Baubeschränkungen sind in einem überdurchschnittlichen Masse vertreten. Interessant ist schliesslich auch die Feststellung, dass Aktivierungen für Energieanlagen bzw. gegen Einschränkungen des Energiekonsums in der letzten Periode vergleichsweise selten sind.

Eine längerfristige Betrachtung der *gesamten Periode 1945–1989* führt zum Schluss, dass die Umweltereignisse ohne Umweltschutzpriorität insgesamt in etwa dem gleichen Verhältnis zugenommen haben wie die Ereignisse, die einen verstärkten Umweltschutz anstreben: Für die Gesamtperiode wurde ein Anteil der erstgenannten Kategorie von 9.8% berechnet (bezogen auf die Gesamtzahl der Aktivierungsereignisse zu Umweltfragen), gegenüber einem Anteil von 10.6% in der Periode 1978–89.

Stossrichtung	Periode 1978–80	1981–83	1984–86	1987–89
Für den Bau von Strassen	25.0	31.6	23.3	12.5
Gegen Verkehrsbeschränkungen/ Abgasvorschriften etc.	22.9	25.0	28.9	26.4
Gegen Verteuerungen des Privatverkehrs	8.3	17.1	15.6	9.7
Für mehr Parkplätze/ gegen die Aufhebung bestehender Parkplätze	4.2	9.2	2.2	15.3
Für Neubauprojekte/ gegen Baubeschränkungen	16.7	10.5	13.3	22.2
Für Energieanlagen/ gegen Einschränkungen des Energiekonsums	12.5	2.6	6.7	2.8
Übrige Themenbereiche	10.4	4.0	10.0	11.1
Aktivierungsereignisse ohne Um- weltschutzpriorität insgesamt	100 % (48)	100 % (76)	100 % (90)	100 % (72)

Tabelle 2: Ereignisse ohne Umweltschutzpriorität nach Hauptkategorien und Zeitperioden, 1945–89 (Prozentwerte)

spielsweise 18 den Bau neuer Strassen und 14 setzen sich für generelle Erleichterungen für den Privatverkehr ein.

Die zeitliche Verteilung dieser Ereignisse sieht folgendermassen aus:

- 1945–49: 11 Ereignisse
- 1950–54: 27 Ereignisse
- 1955–59: 23 Ereignisse
- 1960–64: 20 Ereignisse
- 1965–69: 16 Ereignisse
- 1970–74: 37 Ereignisse
- 1975–77: 17 Ereignisse

Diese absoluten Zahlen sind mit der Gesamtzahl der Aktivierungsereignisse zu Umweltfragen in den entsprechenden Perioden zu vergleichen. Hieraus folgt dann der – vielleicht überraschende – Schluss, dass der Anteil der Ereignisse ohne Umweltschutzpriorität zwischen 1950 und 1960 vergleichsweise hoch gewesen ist und zwischen 1965 und 1977 – angesichts der enormen Zunahme der «Umweltschutzaktivierungen» – deutlich zurückging.

2. Das Handlungsrepertoire in Umweltfragen

Wie bereits angetönt artikulieren Bürger ihre Anliegen in Umweltfragen in den verschiedensten Formen. Für die Wahl der Artikulationsform spielen sicher die rechtlichen Einflussmöglichkeiten, die Art und der Entwicklungsgrad des Problems sowie auch «Modetrends» in der politischen Kultur eine Rolle.

Dies lässt erwarten, dass die Zusammensetzung der Artikulationsformen in der Schweiz auch im Umweltbereich seit dem 2. Weltkrieg nicht konstant geblieben ist. In *Tabelle 3* sind die entsprechenden Veränderungen dargestellt.

	1945– 1949	1950– 1959	1960– 1969	1970– 1979	1980– 1989
Initiativen ↗	5.6 (4)	14.5 (37)	15.4 (43)	18.7 (199)	25.2 (550)
Fakultative Referenden ↘	19.4 (14)	8.6 (22)	15.0 (42)	8.1 (86)	8.5 (185)
Petitionen ↘	55.6 (40)	42.7 (109)	34.3 (96)	22.8 (242)	13.7 (300)
Einsprachen, Rekurse ↗	1.4 (1)	7.1 (18)	3.6 (10)	4.3 (46)	10.9 (238)
Demonstrationen ↗ ↘	1.4 (1)	6.7 (17)	6.1 (17)	13.0 (138)	12.4 (271)
Protestmärsche ↘	1.4 (1)	–	0.4 (1)	1.7 (18)	2.2 (48)
Anschläge, Sachbeschädigungen ↗	1.4 (1)	–	0.4 (1)	1.7 (18)	2.2 (48)
Organisationsgründungen	2.8 (2)	4.7 (12)	7.9 (22)	8.4 (89)	8.0 (175)
Andere Formen (ohne Pressekonferenzen, Communiqués und Resolutionen)	12.5 (9)	15.7 (40)	17.5 (49)	22.9 (243)	19.1 (417)
Total (N)	100 % (72)	100 % (255)	100 % (280)	100 % (1061)	100 % (2184)

Tabelle 3: Artikulationsformen nach Zeitperioden, 1945–78
nur Umweltereignisse (Prozentwerte, in Klammern absolute Zahl Ereignisse)

Die in *Tabelle 3* aufgeführten Prozentwerte zeigen, dass sich seit dem 2. Weltkrieg tatsächlich bedeutsame Verschiebungen in den für Bürgeraktivierungen im Umweltbereich benutzten Artikulationsformen ergeben haben.

Zunächst haben *Petitionen* einen deutlichen Bedeutungsverlust für die Artikulation vom Umweltanliegen erfahren. Während nach dem 2. Weltkrieg noch über 50% der Aktivierungsereignisse *Petitionen* waren, ist dieser Anteil für die Periode 1980–89 auf lediglich 14% aller Ereignisse zurückgefallen. Diese Entwicklung ist zweifelsohne als Ausdruck eines verringerten Vertrauens des Bürger in die Behörden zu interpretieren, da *Petitionen* in ihrer unverbindlichen Form nur dort sinnvoll sind, wo man annimmt, dass die adressierte Behörde das artikulierte Anliegen aufnimmt und sich ernsthaft dafür einsetzt.

Auf der anderen Seite stehen verschiedene Artikulationsformen, die im Untersuchungszeitraum deutlich an Bedeutung gewinnen, nämlich *Initiativen*, *Einsprachen/Rekurse*, aber auch *Demonstrationen* und *Organisationsgründungen*.

In der letzten Untersuchungsperiode (1980–89) ist die *Initiative* mit rund 25.2% eindeutig die Artikulationsform, mit der am häufigsten Probleme und Anliegen im Umweltbereich artikuliert werden.

Die in *Tabelle 3* dargestellten Zahlen zeigen, dass die Zunahme der Aktivierung-

gen zu Umweltfragen vor allem Formen von Ereignissen betrifft, denen ein besonderes Gewicht zukommt. Dabei kann sich eine *Gewichtung von Aktivierungsformen* natürlich auf unterschiedliche Kriterien stützen und zu verschiedenen Rangierungen führen. Es scheint aber sinnvoll, zunächst einmal *Initiativen und Referenden* als besonders wichtige Aktivierungsformen zu betrachten, weil sie – falls sie zustande kommen – verbindlich zu Volksabstimmungen führen. Sodann kommt *Demonstrationen* ein besonderes Gewicht zu, weil sie ein überdurchschnittliches persönliche Engagement in der Öffentlichkeit voraussetzen. Und schliesslich haben auch *Organisationsgründungen* aufgrund ihres längerfristigen Charakters ein überdurchschnittliches Gewicht.

Von diesen besonders bedeutsamen Artikulationsformen weist vor allem die *Initiativenzahl* zwischen 1945 und 1989 eine überdurchschnittliche und gleichmässige Steigerungsrate auf.

Für Initiativen (und Referenden) enthält unser Datensatz auch die Information über die *Ebene des politischen Systems* (Bund, Kanton oder Gemeinde). *Tabelle 4* zeigt dabei das quantitative Übergewicht, das – bezogen auf die *Ereigniszahl* – kommunalen Initiativen und Referenden zukommt. Natürlich ist dabei aber zu berücksichtigen, dass sowohl Initiativen als auch Referenden auf unteren Ebenen des politischen Systems für ihr Zustandekommen weniger Unterschriften benötigen als auf Bundesebene. In Bezug auf die *Zahl der Beteiligten* ergäbe sich deshalb eine anderer Gewichtung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

Ebene des politischen Systems	Initiativen	Fakultative Referenden
Bund	6.6	2.3
Kanton	28.8	27.7
Gemeinde	64.6	70.0
Total	100% (608)	100% (213)

Tabelle 4: Initiativen und Referenden nach den drei Ebenen des politischen Systems (nur Umwelt-ereignisse, 1978–89) (Prozentwerte, in Klammern absolute Zahl Ereignisse)

Die vorangegangene Analyse der Formstruktur von Aktivierungsereignissen im Umweltbereich wirft die Frage auf, wieweit sich die im Umweltbereich benutzten Artikulationsformen von jenen *anderer Themenbereiche* unterscheiden.

Dabei zeigen sich – für die Untersuchungsperiode 1980–89 – tatsächlich einige *bedeutsame Unterschiede*. So wird im Umweltbereich eher häufiger auf Initiativen zurückgegriffen (25.2% vs. 20.4% beim Total aller Aktivierungsereignisse). Auch fakultative Referenden (8.5% vs. 4.9%) und Einsprachen/Rekurse (10.9% vs. 6.4%) werden im Umweltbereich häufiger benutzt. Auf der anderen Seite ist der Anteil von Demonstrationen deutlich geringer (12.4% vs. 22.3%).

Zusammenfassend bedeuten diese Zahlen, dass im Umweltbereich häufiger auf institutionalisierte, akzeptierte und verpflichtende Artikulationsformen zurückgegriffen wird als in anderen Themenbereichen.

3. Beteiligte Organisationen

Gerade im Zusammenhang mit dem bereits in Abschnitt I.1 angesprochenen Verhältnis von Aktivierungsereignissen und sozialen Bewegungen stellt sich die Frage nach dem Spektrum der an den Umweltaktivierungen beteiligten Organisation. Brand et al. (1986:251) stellen dabei für die deutsche Ökologiebewegung die These einer zunehmenden Zerfaserung auf:

«Im Zuge der Professionalisierung und Institutionalisierung des ökologischen Diskurses verliert die Ökologiebewegung ihr ursprüngliches Monopol: Sie zerfasert in thematischer, politisch-ideologischer und organisatorischer Hinsicht».

Diese These impliziert, dass eine zunehmende Vielfalt von Organisationen und Bürgergruppen Umweltfragen in Form von Aktivierungsereignissen artikulieren.

Unsere Daten unterstützen diese These, indem keine einzelne Organisation an mehr als 10% der Aktivierungsereignisse beteiligt ist.

Von den identifizierbaren Organisationen, welche sich an Aktivierungsereignissen zu Umweltfragen beteiligen, sind 28% Parteien, 34% Verbände sowie 38% andere, in der Regel weniger stabile Organisationen.

Unter den *Parteien* ist die SP deutlich am häufigsten an Aktivierungsereignissen zu Umweltfragen beteiligt. Bei den *Verbänden* wird am häufigsten der VCS erwähnt, gefolgt von Quartier-organisationen, dem Mieterverband und dem WWF. Bei der dritten Kategorie (weniger stabile Organisationen) findet sich eine ungeheure Vielfalt von Gruppierungen. Die nachfolgende Liste stellt nur eine zufällige Auswahl aus dieser Vielfalt dar:

- *Komitee «Vernunft vor Verkehr»*
- *Gruppe freier Wähler*
- *Komitee zur Erhaltung des Wohnquartiers Bern-Nord*
- *Verein «Heit Sorg zum Ämmital»*
- *Pro Simmental*
- *Verein zum Schutz des Rosswaldes*
- *Gruppe Atemlos*
- *«Freie Luft für freie Bürger»*
- *Ärzte für soziale Verantwortung*
- *Zürcher Velokomitee*
- *Verein Warnfeuer Knonau*
- *Groupement pour la sauvegarde du plateau de St. Georges*
- *Coordination contre la crise du logement*
- *CHUT (Comité des Habitants et Usagers de l'îlot Tunnel-Riponne)*

Der Vergleich zwischen Umweltereignissen und der Gesamtzahl aller Aktivierungsereignisse zeigt, dass den *politischen Parteien* bei Aktivierungen zu Umweltfragen eine deutlich geringere Bedeutung zukommt als bei der Gesamtzahl der Aktivierungsereignisse. Dies gilt speziell für die CVP und die SVP, während die Beteiligung der SP an Aktivierungsereignissen im Umweltbereich sogar leicht höher ist (7.9% gegenüber 5.5% bei den Aktivierungsereignissen aller Themenbereiche).

III. Gesellschaftliche und politische Hintergründe der Umweltaktivierung

In diesem Teil möchte ich versuchen, die vorliegenden Daten zu Umweltaktivierungen in Bezug auf drei populäre Entstehungsthesen auszuwerten. Sind Aktivierungsereignisse zu Umweltfragen das Resultat unseres wirtschaftlichen Wohlstandes, eines grundlegenden Wertewandels und/oder sind sie primär durch politisch-institutionelle Faktoren wie die direkte Demokratie geprägt?

1. Wirtschaftliche Lage und Wertewandel

Bereits Levy (1981:15ff.) hat die politische Basisaktivität im Umweltbereich auf das Wirtschaftswachstum zurückgeführt und sie als *Folgeprobleme des Wachstums* bezeichnet. Dabei stand eine längerfristige Betrachtungsweise im Vordergrund, dergemäss die Hochkonjunktur der 50-er und 60-er Jahre die Umweltprobleme verstärkt hat und in den 70-er Jahren zu einer Zunahme von Umweltaktivierungen führte. Die nachfolgenden Betrachtungen beziehen sich auf kürzerfristige Einflüsse des Wirtschaftswachstum auf Umweltaktivierungen.

Hierzu untersuche ich in *Figur 1* den Zusammenhang zwischen dem Wirtschafts-

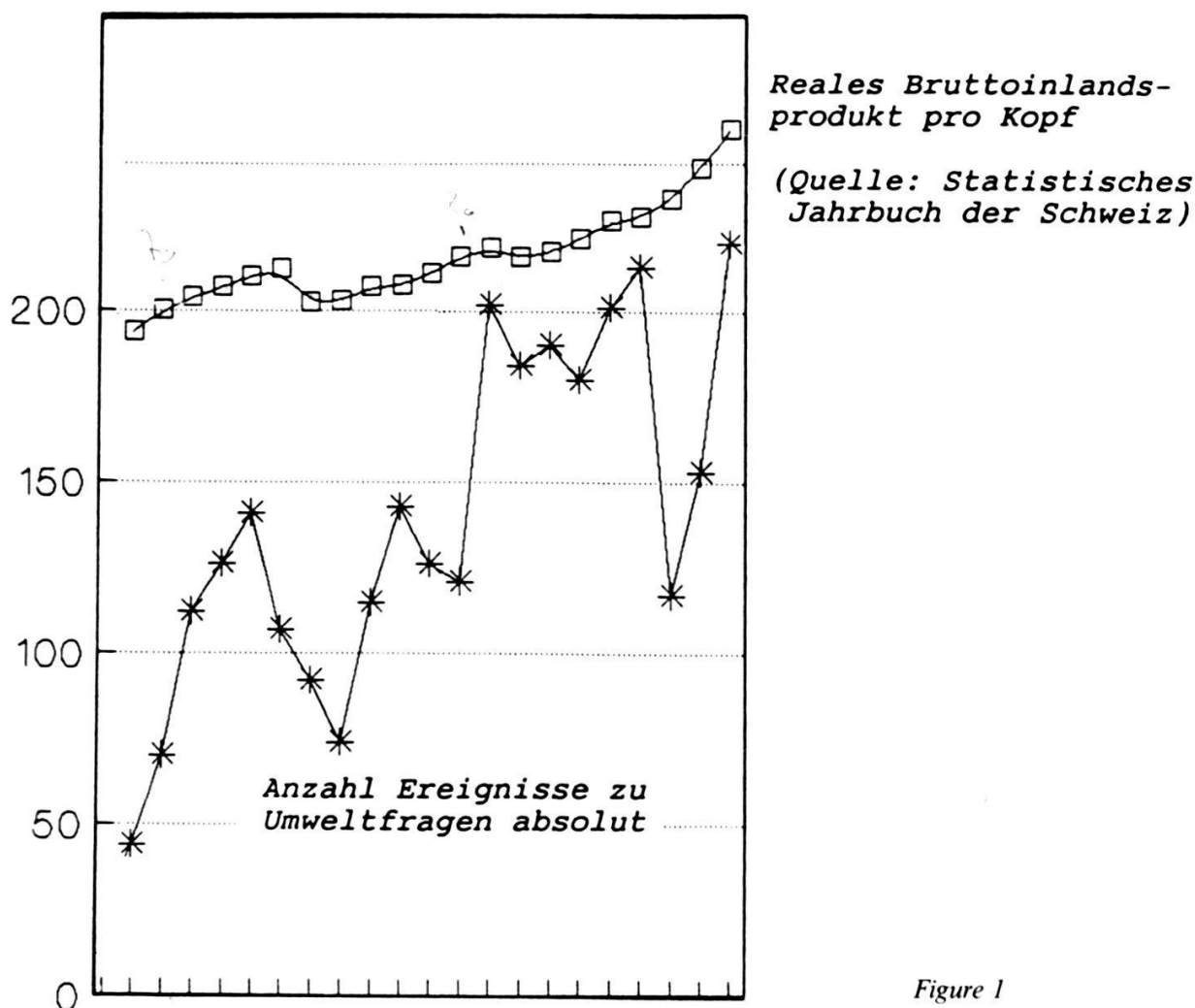


Figure 1

wachstum (reales Bruttoinlandprodukt gemäss Statistischem Jahrbuch der Schweiz) und der Zahl der Umweltaktivierungen in der *Periode 1969–89*⁵.

Figur 1 zeigt eine erstaunliche Parallelität in der Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes pro Kopf und der Zahl der Aktivierungsereignisse zu Umweltfragen. In den Jahren mit hohem Wirtschaftswachstum nimmt offensichtlich auch die Zahl der Umweltaktivierungen zu, während sie in rezessiven Phasen entsprechend zurückgeht.

Dieser enge Zusammenhang entspricht auch der Beobachtung, dass in der gegenwärtigen Rezession die Zahl der Umweltaktivierungen deutlich zurückgegangen zu sein scheint.

Neben dem wirtschaftlichen Wohlstand hat die Zunahme der Umweltaktivierungen auch mit dem vieldiskutierten *Wertewandel* zu tun. In dem Masse, in dem neue Wertprioritäten (z. B. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen) auf konträre Werte in den Institutionen (z. B. Wirtschaftswachstum) stossen, kommt es zu entsprechenden Aktivierungen der politischen Basis (vgl. Brand et. al. 1981:31; Heintz 1981).

Eine neuere Arbeit von Sacchi (1992) über die Schweiz führt zum Schluss, dass die im Konzept des *Post-Materialismus* zusammengefassten Einstellungen sich zwar auch in der Schweiz verbreitet haben, dass dieser Wertewandel – im Unterschied zur ursprünglichen These von Inglehart – aber alle Altersgruppen betrifft. Für unsere Fragestellung von Bedeutung ist sodann, dass sich Post-Materialisten und Materialisten in Bezug auf ihre Bereitschaft zu un-konventionellen politischen Aktivitäten sehr stark, in Bezug auf die Priorität der Bekämpfung der Umweltverschmutzung weniger stark unterscheiden.

Walter-Busch (1989:60) zeigt auf der Basis von Daten des Schweizer Einstellungsbarometers für die Periode 1975–87, dass die Beurteilung des Zustandes der Umwelt durch die Bevölkerung immer negativer ausfällt, was der Zunahme der Umweltaktivierungen in der gleichen Periode entspricht. Auch wenn die Vergleichsperiode (Zahl der Beobachtungen) relativ beschränkt ist und sich in einzelnen Jahren (1987) Umweltaktivierungen und die Einschätzung des Zustandes der Umwelt unterschiedlich entwickeln, so zeigt sich in diesem Vergleich doch die Bedeutung von Wertveränderungen für Umweltaktivierungen.

Zu berücksichtigen ist hier allerdings auch eine zunehmende *Institutionalisierung von Umweltschutzanliegen* im Rahmen der Umweltschutzgesetzgebung, welche zu einer Verringerung der Diskrepanz zwischen subjektiven und institutionalisierten Werten beiträgt und so die Notwendigkeit von Bürgeraktivierungen verringert.

Ein zweiter Aspekt des Wertewandels der letzten Jahre betrifft die zunehmende *Individualisierung*, die vor allem von Ulrich Beck in einer Vielzahl von Arbeiten

5 Die Wahl dieser Periode basiert auf der Überlegung, dass seit der in Kriesi et al. (1981) dokumentierten «Explosion» der Zahl der Aktivierungsereignisse im Jahre 1969 diese als «Handlungsrepertoire in Umweltfragen» zur Verfügung stehen. Der Vergleich eines Zeitpunktes vor mit einem Zeitpunkt nach 1969 ist dagegen mit dem Problem konfrontiert, dass vor 1969 dieses Handlungsrepertoire nicht im gleichen Masse zur Verfügung stand wie danach.

thematisiert worden ist (vgl. beispielsweise Beck 1986). Die Individualisierungstendenz verringert – ceteris paribus – sowohl die Aktivitätsbereitschaft als auch das Umweltschutzengagement.

Diese sehr begrenzten Hinweise und Überlegungen lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass die Wertveränderungen insgesamt zwar eine wichtige Voraussetzung für die Zunahme der Umweltaktivierungen bilden, dass es in der Veränderungen der Wertstruktur (Individualisierung) bzw. in der Institutionalisierung von Umweltschutzanliegen aber auch Tendenzen gibt, die einer Umweltaktivierung eher abträglich sind.

2. Politisch-institutioneller Kontext

Während der Einfluss des Wirtschaftswachstums und des Wertewandels in den vorangegangenen Abschnitt aufgrund einer Längsschnittbetrachtung diskutiert wurde, soll der Einfluss des politisch-institutionellen Kontextes in diesem Abschnitt anhand eines *Quervergleichs* zwischen Agglomerationen behandelt werden.

Aufgrund des in Teil I, Abschnitt 3 beschriebenen Vorgehens bei der Datenerhebung konnte erreicht werden, dass die für die *Agglomerationen Zürich, Bern, Genf und Lausanne* erfassten Ereignisse ein einigermaßen repräsentatives Abbild der entsprechenden Aktivierungsszenerie darstellen. Das heisst nicht, dass die Registrierungskriterien in diesen vier Kontexten vollständig identisch sind: Redaktionelle Unterschiede zwischen den berücksichtigten Zeitungen, aber auch die kulturelle Distanz der Datenerfasser zu den einzelnen Agglomerationen können in diesem Sinne durchaus eine gewisse Verzerrungswirkung gehabt haben.

Die vier untersuchten Agglomerationen unterscheiden sich bezüglich der *direkt-demokratischen Möglichkeiten*. Auf der *kantonalen Ebene* ist die Zahl der für Initiativen und Referenden nötigen Unterschriften – im Verhältnis zur Bevölkerungszahl – in den Genf und Lausanne grösser als in Bern und vor allem als in Zürich (vgl. Moser 1985:16 & 23).

Auf der *kommunalen Ebene* ergibt sich das gleiche Bild: Auch hier bestehen in Zürich und Bern bessere direktdemokratische Möglichkeiten als in Lausanne und Genf. Dies zeigt sich am deutlichsten anhand der kommunalen Initiative. Dieses politische Recht ist im Untersuchungszeitraum 1978–89 in Lausanne überhaupt nicht vorhanden, in Genf wird es im Jahre 1981 vorgeschlagen und in einer Volksabstimmung gutgeheissen. Am 14.11.1982 wird in Genf erstmals über eine kommunale Initiative (zur Zukunft des Quartiers «Les Grottes») abgestimmt. In Lausanne wurde erst im März 1987 eine analoge Initiative zur Einführung des kommunalen Initiativrechts lanciert (vgl. 24 heures, 27.3.87).

Die Einführung des kommunalen Initiativrechts im Kanton Genf geschah ganz wesentlich unter dem Aspekt einer vermehrten Mitsprache in Umweltfragen. So heisst es im «JOURNAL DE GENEVE» vom 2.5.81 (S.23) kurz vor der Volksabstimmung über dieses Initiativrecht:

«Plus précisément l'initiative communale pourra porter sur:

(a) la construction, la démolition et l'acquisition d'immeubles communaux;

- (b) *l'ouverture ou la suppression de chemins ou rues communaux;*
 (c) *les travaux d'utilité publique communale;*
 (d) *les projets d'aménagement du territoire communale; ... »*

Auf diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der verstärkte Ausbau der direkt-demokratischen Möglichkeiten in den Deutschschweizer Agglomerationen die politische Aktivierung fördert oder hemmt. Guigni (1991b:180) vertritt – im Unterschied zu Epple (1988) – die These, dass die Instrumente der direkten Demokratie nicht notwendigerweise zu einer Schwächung sozialer Bewegungen führen. Vielmehr weist er in Anlehnung an Piven & Cloward (1977) darauf hin, dass die direkte Demokratie strukturelle Chancen für eine Stärkung sozialer Bewegungen bietet.

Die in *Tabelle 5* dargestellten Daten zeigen zunächst, dass die Zahl der im Untersuchungszeitraum in den vier Agglomerationen erfassten Umweltaktivierungen ungefähr im Verhältnis zur Bevölkerungszahl steht. Das bedeutet, dass trotz der ausgebauteren direkt-demokratischen Möglichkeiten in den Deutschschweizer Agglomerationen es dort weder mehr noch weniger Umweltaktivierungen gibt. Dies unterstützt die erwähnte These von Guigni (1991b).

Artikulationsform	Kontext Zürich	Lausanne	Genf	Bern*
Initiativen	15.0 (76)	12.7 (16)	12.1 (39)	11.0 (49)
Fakultative Referenden	1.4 (7)	11.1 (14)	6.2 (20)	0.4 (19)
Petitionen	5.4 (27)	9.5 (12)	12.4 (40)	12.1 (54)
Kommunikative Aktionen	37.3 (186)	41.3 (52)	31.4 (101)	39.1 (174)
Einsprachen, Rekurse	8.6 (43)	0.3 (2)	1.6 (2)	10.8 (6)
Demonstrationen Protestmärsche	15.2 (76)	7.1 (9)	14.0 (45)	10.1 (45)
Anschläge, Sach- beschädigungen	3.2 (16)	–	0.9 (3)	0.7 (3)
Organisations- gründungen	4.0 (20)	8.7 (11)	5.9 (19)	7.0 (31)
Andere Formen	9.9 (49)	6.3 (8)	15.5 (50)	4.9 (22)
Total	100 % (500)	100 % (126)	100 % (322)	100 % (445)

* ohne in Bern eingereichte Eidgenössische Initiativen und Referenden

Tabelle 5: Vergleich der Aktivierungsform in den Städten Zürich, Bern, Lausanne und Genf (Zeitraum 1980–89) (Prozentwerte, in Klammern absolute Zahl Ereignisse)

In Bezug auf die Zusammensetzung der Umweltaktivierungen nach Formen fällt zunächst auf, dass der Anteil von *Initiativen* in Genf und vor allem in Lausanne nicht deutlicher unter dem Niveau der beiden Deutschschweizer Städte liegt.

Es scheint, dass die Absenz der Möglichkeit kommunaler Initiativen insgesamt durch einen häufigeren Gebrauch des kantonalen Initiativrechts (vor allem im Bereich der Wohn- und Mietproblematik) kompensiert wird⁶.

Der wichtigste Unterschied zwischen der Romandie und der Deutschschweiz betrifft die stärkere Benutzung von *fakultativen Referenden* in Lausanne und Genf. Es erscheint naheliegend, dass dort, wo umweltpolitische Anliegen nicht via kommunale Initiativen eingebracht werden können, häufiger auf die «Notbremse» des fakultativen Referendums zurückgegriffen wird. Und diese «Notbremsen» waren – vor allem in Lausanne – sehr häufig auch in den Volksabstimmungen erfolgreich und haben zu einer weitgehenden Blockierung der Städtebaupolitik geführt (vgl. auch Teil IV).

«*Demonstrationen und Protestmärsche*» zu Umweltthemen machen in Lausanne, der Agglomeration mit der grössten Beschränkung der politischen Rechte, den geringsten Anteil aus. Da diese Form der politische Artikulation sozialen Bewegungen wohl am nächsten liegt, unterstützt dieses Ergebnis wiederum die These von Guigni (1991b), dass die direkte Demokratie soziale Bewegungen auf jeden Fall nicht behindert, sondern sie eher noch fördert.

In allen Agglomerationen werden Umwelthanliegen am häufigsten mittels «*kommunikativer Aktionen*» artikuliert. Darunter sind beispielsweise Flugblattaktionen oder Pressekonferenzen zu verstehen.

IV. Auswirkungen und Erfolge von Umweltaktivierungen

Ein Rückblick auf die im Rahmen von Umweltaktivierungen vorgebrachten Anliegen zeigt, dass viele in der einen oder anderen Form in den politischen Entscheidungsprozess eingeflossen sind. Ich möchte an dieser Stelle die *These* aufstellen, dass unsere Städte, unsere Umwelt und unsere Verkehrssysteme ohne Bürgeraktivierungen sehr viel anders aussehen würden. Man kann meines erachtens davon ausgehen, dass die Erfolgchancen von Umweltaktivierungen in der Schweiz in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben. Dies äussert sich auch in der Literatur über Bürgeraktivierungen: Während Erni & Brandl (1985) die Erfolgsaussichten von Bürgeraktivierungen auf dem Hintergrund des Kampfes um die Seestrasse in Richterswil noch negativ beurteilten, betont Schilling (1987) am Beispiel der «Anti-Y» – Bewegung in Zürich, dass die Bürgeraktivierung durchaus ihre Auswirkungen hatte.

Ulrich Beck hat diese Einsicht kürzlich pointiert zum Ausdruck gebracht:

«Es scheint nicht übertrieben zu sagen: Die Bürgergruppen haben thematisch die Initiative ergriffen. Die Stufenleiter der politischen Anerkennung lautet: verfolgt, verlacht, ausgegrenzt – immer schon gesagt, Parteiprogramm, Regierungserklärung.»

⁶ Die hier aus Platzgründen nicht dargestellten Analysen zur Thematik der Aktivierungen in den vier Agglomerationen zeigen, dass die Wohnungs- und Mieterproblematik in der Westschweiz deutlich häufiger zu Bürgeraktivierungen führt (vgl. Zwicky 1993).

So geschehen bei Frauenfragen, Umweltfragen, Friedensfragen. Gewiss, dies sind zunächst nur Worte, Absichten, Sonntagsreden. Aber auf der Wortebene ist der Sieg schon fast perfekt.»
(Ulrich Beck 1990:57)

Die verfügbaren Informationen über Aktivierungsereignisse lassen keine quantitativen Analysen des «Erfolgs» von Umweltaktivierungen in der Periode 1978–89 zu, da dieser häufig erst im Rückblick zu beurteilen ist und, weil die Auswirkungen häufig längerfristiger Natur sind. Der Erfolgchancen von Umweltaktivierungen können aber aufgrund von Fallstudien untersucht werden.

Das Beispiel des Kampfes um das Limmatparking in Zürich zeigt sich, dass aus einer Reihe von kurzfristigen Misserfolgen durchaus eine längerfristige Zielerreichung möglich ist.

Protest gegen das Limmatparking

- 1980: Einsprachen der PDA gegen die Konzessionserteilung /
Demonstration am Limmatquai
- 1983: Einreichung einer Initiative durch den VCS
- 1983: Entscheid des Regierungsrates für das Limmatparking
- 1984: Initiative zur finanziellen Beteiligung der Stadt am Limmatparking mit dem
Ziel einer Volksabstimmung und gegen das Limmatparking gerichtet
- 1985: Baubewilligung für das Limmatparking
- 1986: Streichung des Limmatparkings aus dem kommunalen Richtplan
- 1990: Abweisung eines Rekurses der Bauherrschaft gegen die Verweigerung
der Baubewilligung durch das Verwaltungsgericht

Für die Agglomeration Zürich kann man zusammenfassend festhalten, dass im Verkehrsbereich die Erfolgsaussichten von Aktivierungen angestiegen sind, während der Kampf gegen Überbauungsprojekte in der Regel eher mit Misserfolgen endete. So wurde beispielsweise im Herbst 1985 die *Volksinitiative «Bahnhofüberbauung – so nicht»* gegen die geplante Bahnhofüberbauung Südwest deutlich mit über 2/3 der Stimmen abgelehnt.

In *Lausanne* dagegen haben sich die Erfolgchancen von Bürgeraktivierungen (Referenden) gegen Überbauungsprojekte gezeigt, indem eine Vielzahl von Überbauungsprojekten in Volksabstimmungen gescheitert sind.

«La bataille de l'hôtel-tour d'Ouchy a aussi révélée aux opposants potentiels de tous bords la puissance de l'arme référendaire, quelque peu délaissée au vestaire jusqu'alors. Elle va en sortir, de plus en plus: Saint-François-Sud, Flon, Rôtillon, Jumelles-Terreaux, Grand-Saint-Jean, Vers-chez-les-Blanc, Jeux olympiques. La municipalité doit faire face sur tous les fronts, mener un patient travail d'explications, de persuasion, handicapée par ses pesanteurs administratives et son style ampoulé, souvent dépassée par des groupes qui manient leur campagne avec brio. Depuis Ouchy, elle a perdu tous ses combats, sauf deux.»
(Lévy M. 1990, S.38)

IV. Folgerungen

Die quantitative Analyse der Umweltaktivierungen in der Schweiz im Zeitraum 1978–89 zeigt, dass es sich hier um ein zentrales Element der Bürgeraktivierung in der Schweiz handelt. Es gibt auch deutliche Hinweise darauf, dass diese Aktivierungen in dem Sinne erfolgreich waren, dass sie die umweltpolitischen Entscheide in der Schweiz ganz wesentlich geprägt haben.

Dabei haben sich die benutzten Artikulationsformen verändert. Auffallend ist vor allem, dass das Instrument der Petition praktisch bedeutungslos geworden ist. Die moderne politische Kultur und der vieldiskutierte Graben zwischen Volk und Behörden ist offensichtlich unvereinbar mit der Grundidee der Petition, dass man ein Anliegen bei den Behörden vorbringt und darauf vertraut, dass sie dieses Anliegen ernst nehmen und ihm nach Möglichkeit zu entsprechen versuchen.

Ein Agglomerationsvergleich zeigt, dass der Ausbau der direkt-demokratischen Kanäle kaum Auswirkungen auf die Zahl der Umweltaktivierungen hat. Er scheint aber insofern von Bedeutung als er die Form beeinflusst, in der Umweltanliegen artikuliert werden. So führt beispielsweise die Beschränkung der kommunalen Initiativmöglichkeiten in der Westschweiz zu einer Erhöhung der Zahl – und auch der Erfolgsaussichten – von Referenden.

Die untersuchte Periode 1978–89 war in der Schweiz – analog zu anderen Ländern – einerseits durch eine Bedeutungszunahme, andererseits durch eine «Zerfaserung» der Umweltbewegung geprägt: Umweltthemen wurden in einer immer grösseren Vielfalt, von einer immer grösseren Zahl von Organisationen und auch mit immer unterschiedlicheren Stossrichtungen artikuliert. Allerdings ist der Anteil der Bürgeraktivierungen, die sich gegen Umweltschutzmassnahmen richten («Umweltaktivierungen ohne Umweltpriorität») bis ans Ende der Untersuchungsperiode relativ klein geblieben.

Für die grosse Zahl der Umweltaktivierungen spielen eine Vielzahl gesellschaftlicher Faktoren eine Rolle. Ein verstärktes Umweltbewusstsein ist sowohl für die quantitative Zahl der Aktivierungen als auch für die gesteigerten Erfolgsaussichten verantwortlich. Dann darf sicher auch die Bedeutung der verbesserten und zunehmend professionalisierten organisationellen Strukturen (VCS, WWF, Naturschutzverbände etc.) nicht unterschätzt werden.

Schliesslich zeigt die empirische Analyse auch eine deutliche Kovarianz von Umweltaktivierungen und Wirtschaftswachstum, welche den Schluss zulässt, dass es vor allem dann zu Umweltaktivierungen kommt, wenn die Wirtschaftsaussichten relativ gut sind.

Bibliographie

- Beck, Ulrich 1986. *Die Risikogesellschaft*, Frankfurt: Suhrkamp.
Beck, Ulrich & Elisabeth Beck-Gernsheim 1990. *Das ganz normale Chaos der Liebe*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Brand, Karl-Werner, D. Büsser & D. Rucht 1986. *Aufbruch in eine andere Gesellschaft*, Frankfurt: Reihe Campus.

- Epple, Rudolf 1988. *Friedensbewegung und direkte Demokratie in der Schweiz*. Frankfurt: Haag und Herchen.
- Erni, Alex & Brandl, Nelly 1985. «Der Konflikt um die Seestrasse in Richterswil», In: *Bewegung in der Schweizer Politik*, hrsg. von Hanspeter Kriesi et al., Frankfurt: Campus.
- Gros, Dominique 1986. «Les acteurs des luttes urbaines», *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 3: 485–94.
- Guigni, Marco & Hanspeter Kriesi 1990. «Nouveaux mouvements sociaux dans les années '80: Evolution et perspectives», *Annuaire suisse de science politique* 30:79–99.
- Guigni, Marco M. 1991a. *La mobilisation des nouveaux mouvements sociaux en suisse, 1975–1989*, Département de science politique, Université de Genève, Travaux et Communications No 2.
- Guigni, Marco M. 1991b. «Les impacts de la démocratie directe sur les nouveaux mouvements sociaux», *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 31: 173–185.
- Heintz, Peter 1981. «Subjektive und institutionalisierte Werte in der Gegenwartsgesellschaft», In: *Transkulturelle Soziologie* hrsg. von H. Allemann H., Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kriesi, Hanspeter, R. Levy, G. Ganguillet & H. Zwicky 1981. *Politische Aktivierung in der Schweiz 1945–78*, Diessenhofen: Verlag Rüegger.
- Levy, René 1981. «Politische Basisaktivität im Bereich der Umweltproblematik», *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 1981: 9–37.
- Lévy, Marx 1990. *Une place pour Lausanne*, Entretiens avec Marx Lévy, Editions 24heures, Lausanne.
- Moser, Christian 1985. *Institutionen und Verfahren der Rechtssetzung in den Kantonen*, Bern: Forschungszentrum für Schweizerische Politik.
- Piven, Frances Fox & Richard A. Cloward 1977. *Poor People's Movements*. New York: Pantheon.
- Sacchi, Stefan 1992. «Postmaterialismus in der Schweiz von 1972 bis 1990», *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 18, 1: 87–117.
- Schilling, Rudolf 1987. «Soziale Bewegungen verändern Stadt und Stadtgestalt», S. 43–58 in *Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen*, hrsg. von Martin Dahinden, Zürich: vdf.
- Tschopp, Alois 1981. *Datenhandbuch über politische Aktivierungsereignisse in der Schweiz*. Bericht Nr. 7 aus der Interdisziplinären Konfliktforschungsstelle der Universität Zürich.
- Walter-Busch, Emil 1989. *Wertewandel bei Bevölkerung und Unternehmen*, Nationales Forschungsprogramm «Stadt und Verkehr», Bericht Nr. 2.
- Zwicky, Heinrich 1986. «Mobilisierung und Verteilung», *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 3:417–44.
- Zwicky, Heinrich 1992. «Bürgeraktivierungen in der schweizerischen Umweltpolitik», *«die Stadt – les villes»*, 4, September.
- Zwicky, Heinrich 1993. *Umwelt als Aktivierungsgrund*, Bericht 12 des NFP «Stadt und Verkehr», Zürich.

